

Editorial

Die Krise der Finanzmärkte erschüttert die Welt. Investmentbanken, Hypothekenfinanzierer, Staats- und Landesbanken gehen pleite, die Aktien von Privatbanken gehen in den Keller. Eine Bank traut der anderen nicht mehr und leiht ihr kein Geld. Der Staat in Form der Zentralbanken und der Regierungen greift mit unvorstellbaren Milliardenbeträgen dem Finanzsystem mit Steuerzahlergeld unter die Arme. Als Folge sind ausgeglichene Haushalte in Frage gestellt, Exporte brechen wegen des Nachfrageausfalls und geringerer Investitionen weg, Arbeitsplätze sind gefährdet. Steuererhöhungen zur Schließung neuer Haushaltslücken drohen. Gewinne wurden in guten Zeiten privatisiert, nun werden Verluste sozialisiert. Der Kapitalismus gerät in eine Legitimationskrise. Schon wird im Blätterwald gefragt: Hat der Kapitalismus noch eine Zukunft? Oder bezogen auf die bisher führende Wirtschaftsmacht der Welt, die USA, fällt die Weltmacht, und was kommt danach? Bleibt der Dollar vorherrschende Währung? Wie wirkte sich die Finanzkrise auf den Präsidentschaftswahlkampf aus? Was wird aus den transatlantischen Beziehungen?

Die Reihe der Fragen könnte ohne Mühe verlängert werden. Solche oder ähnliche Fragen werden uns bei der Betrachtung unserer Wirtschaftsordnung weiterhin begleiten. Es geht um im Kern Themen der Wirtschaft, aber diese lassen sich offensichtlich von gesellschaftlichen und politischen Fragen nicht trennen. Der Redaktion der GWP kommt dies sehr bekannt vor. Gab und gibt es nicht die Vertreter der Position, dass in die Schule Wirtschaft pur gehört; dass Schüler über ausreichend lebenspraktisches Wissen vor allem dann verfügen, wenn sie wirtschaftliche Zusammenhänge kennen und den Charme der Aktienmärkte entdeckt haben? Diese Zeitschrift hat schon immer größten Wert darauf gelegt, anschaulich und auf dem Stand der neuesten Forschung Wirtschaftswissen zu vermitteln. Aber wir tun dies nicht isoliert, und wir sind der Meinung, dass ohne das Einbeziehen von Gesellschaft und Politik wirtschaftliche Zusammenhänge im luftleeren Raum stehen. Wenn es eines Beweises für die Richtigkeit der Kombination von GW und P bedurft hätte, die weltweite Finanzkrise lieferte ihn täglich. Selbst die Vertreter der Wirtschaft riefen nach der Politik, um die Krise zu bewältigen und erwarteten von der Gesellschaft Zustimmung für die finanziellen Opfer, die sie dieser aufbürdeten.

Damit sollte auch für die politische Bildung in den Schulen ein Anlass zum Nachdenken gegeben sein. Wenn eine Finanzkrise eine solche umwälzende gesellschaftliche und politische Kraft entfaltet, geht die Annahme, es gäbe quasi eine unpolitisch technische Ausbildung in der „Wirtschaftsmechanik“ an der Realität vorbei. Sie fällt übrigens auch hinter die Erkenntnisse der ökonomischen Klassiker seit Adam Smith zurück.

Die Herausgeber